

Inhaltsverzeichnis

A. Entwicklung und Aktualität des Themas	11
B. Problemskizze	14
I. Die „Mini-Max-Taktik“ der Gewerkschaften und ihre wirtschaftlichen Folgen	14
II. Ansprüche der mittelbar vom Streik betroffenen Arbeitnehmer gegen die Bundesanstalt für Arbeit?	15
C. Versicherungs-, schuld- und arbeitsrechtlicher Problemzusammenhang	19
I. Versicherungsrechtliche Grundlagen	19
1. Arbeitslosenversicherung als „Versicherung“	19
2. Vorsätzliche Herbeiführung des Versicherungsfalles durch die Arbeitnehmer?	22
a) Allgemeiner Ansatz	22
b) Zurechnungsproblematik	23
3. Beitragspflicht der Arbeitgeber und Legitimationsproblematik	25
II. Risikoentlastung der Arbeitgeber durch Versicherungsschutz?	27
1. Parallelen zur „Haftungsersetzung durch Versicherungsschutz“ in der gesetzlichen Unfallversicherung	27
2. Betriebs- und Wirtschaftsrisiko der Arbeitgeber	27
3. Entlastung mittelbar kampfbetroffener Arbeitgeber der gleichen Branche außerhalb des räumlichen Tarifgebiets?	28
a) Betriebsrisiko	29
b) Wirtschaftsrisiko	30
c) Folgerungen	33
4. Entlastung der Arbeitgeber bei nicht-kampfbedingter Kurzarbeit?	34
5. Entlastung mittelbar kampfbetroffener Arbeitgeber fremder Branchen?	34
6. Zwischenergebnis	36

D. Das Neutralitätsgebot in verfassungsrechtlicher und ordnungspolitischer Sicht	38
I. Konkretisierung des Neutralitätsgebots	38
II. Konsequenzen	43
1. Neutralitätsgebot und Finanzierung der Arbeitslosenversicherung	43
2. Neutralitätsgebot und Gleichbehandlung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite bei Umverteilung der Arbeitskampfrisiken	45
3. Neutralitätsgebot und öffentliche Interessen	47
E. Der Regierungsentwurf zur Neufassung des § 116 AFG	51
I. Kernstück des Entwurfs	51
II. Ordnungspolitische und rechtliche Bedenken	52
F. Modell einer Grundlagen-Reform des § 116 AFG	61
I. Grundlagen	61
II. Erläuterungen	62
1. Einheitliche Gewährung reduzierter Leistungen an problembehaftete Arbeitnehmergruppe aus öffentlichen Interessen	62
2. Abgrenzung zur „Stellvertretungs-Konzeption“ des Regierungsentwurfs	63
3. Kausalitäts- und Zurechnungsgründe für Abstufung gegenüber anderen Arbeitnehmergruppen	67
4. Finanzierungsaspekte	69
5. Zwischenergebnis	70
III. Elemente der Risikosteuerung	70
IV. Internationalrechtliche und verfassungsrechtliche Absicherung	72
1. IAO-Abkommen Nr.102	72
2. Verfassungsrecht	74
G. Schluß und Ausblick	78
H. Nachtrag: Zur veränderten Fassung der Neuregelung	80
I. Entwicklung	80
1. Vorschläge der CDU-Sozialausschüsse	80
2. Gesetzesfassung	81
II. Kritische Würdigung	82